

MONTAG, 13. OKTOBER 2014

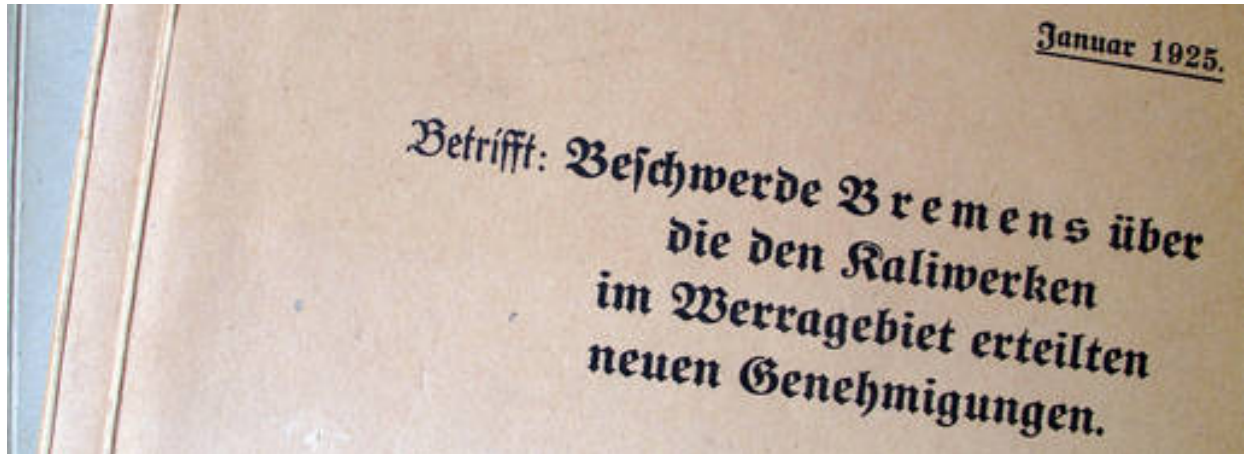
Thüringer Allgemeine

EICHSFELD

Fluss-Versalzung: Erste Kali-Klage kam schon vor 90 Jahren

30.10.2012 - 04:01 Uhr

Kein Fluss in Mitteleuropa transportiert so viel Salz wie die Werra. Zum Problem wird die Versalzung des Flusses spätestens zu Beginn der industriellen Kali-Förderung Anfang des 20. Jahrhunderts. Seitdem fürchten flussabwärts viele Städte um das Leben in und am Gewässer, vor allem aber um die Qualität ihrer Trinkwasserversorgung.



Die Berichte aus dem Jahr 1926 zur Beschwerde Bremens über die den Kaliwerken erteilten neuen Genehmigungen.

Schon frühzeitig geht es bei den Auseinandersetzungen auf beiden Seiten um grundsätzliche Fragen. Hier die Kaliförderer, die um ihre Entwicklungs- und Wettbewerbschancen bangen. Dort die teils weit entfernten Anrainer an Werra und Folgeflüssen, die dennoch mit den eingeleiteten Laugen klarkommen müssen.

Eine tragende Rolle in den Konflikten spielt Bremen an der auch vom Wasser der Werra gespeisten Weser. 1903 ist die Weser-Versalzung Thema beim Reichsgesundheitsrat. Unter anderem soll bereits zu diesem Zeitpunkt in diversen Gutachten geklärt werden, inwieweit "das Weserwasser mit Kaliabwässern angereichert werden darf, ohne seine Verwendung zur Trinkwasserversorgung für ein großes Gemeinwesen unmöglich zu machen".

Grenzwerte für das Weserwasser

Mit den Ergebnissen kann Bremen zunächst leben. Zwar wird die Einleitung der Kaliabwässer in die Flüsse grundsätzlich als zulässig erachtet. Die Menge wird aber durch Grenzwerte für die Härte und den Chlorgehalt des Weserwassers bei Bremen beschränkt. Offiziell liegen sie für das Weserwasser bei 20 Grad Härte und 250 mg/l Chlor. Im Staatsvertrag zwischen Preußen und Thüringen werden 1913 Chloridkonzentrationen und Einleitungsquoten festgelegt.

Anfang des Jahrhunderts wachen die "Kaliabwässer-Kommission für das Werra- und Fuldagebiet" und eine Prüfstelle in Vacha über die Salz-Obergrenzen. In den folgenden Jahrzehnten werden die Vorgaben des Reichsgesundheitsrates allerdings immer wieder infrage gestellt und verändert.

Grund dafür sind nicht zuletzt die Kaliförderer, die Druck machen. Die zum Wintershallkonzern gehörende Gewerkschaft Hüpstedt - der Begriff "Gewerkschaft" steht für eine Organisationsform des Bergwerkes - macht Anfang der 1920er-Jahre für ihre 1912 errichtete Chlorkaliumfabrik bei Großtöpfer geltend, dass man Kali-Schächte dicht machen müsse, sofern man nicht mehr Carnallit abbauen und anfallende Endlaugen ableiten dürfe.

Gegen das Ansinnen der Hüpstedter zählt man damals übrigens allein beim Landratsamt Worbis 44 Einsprüche, in denen die Befürchtung von "Schädigungen in fischereilicher, landwirtschaftlicher, gewerblicher und gesundheitlicher Hinsicht durch die der Unstrut zugeführten Kaliwässer dargelegt wird". Anfang der 1920er-Jahre wird der Konflikt vor Gericht ausgetragen. Die Stadt Bremen strengt vor dem Staatsgerichtshof gegen die Salzeinleitungen einen Rechtsstreit an, der sich über viele Jahre hinziehen wird.

Thüringen auf der Seite der Kali-Produzenten

Vorausgegangene Versuche der Hansestadt, die Trinkwasserversorgung komplett vom zunehmend salzbelasteten Weser- auf

Grundwasser umzustellen, sind gescheitert.

Einer der Beklagten ist das Land Thüringen. Das stellt sich hinter die Kali-Produzenten. Im Auftrage des Landes beharrt der Jenaer Chemiker Dr. Immendorff noch 1927 in einer Erwiderung auf die Bremer Beschwerden darauf, "dass die Lebensnotwendigkeiten der Kaliindustrie einen erweiterten Versalzungs- und Verhärtungsspielraum notwendig machen".

Unbeeindruckt vom Vorwurf Bremens, das hygienische Belange der Bevölkerung beeinträchtigt sieht, fordert Immendorff eine Anpassung der Versalzungsgrenzen für die Werra dahingehend, "dass unbedingt 23 Grad Wasserhärte und 350 mg Chlor festgehalten werden müssen", wenn den Kaliwerken auch in Zeiten geringer Wasserführung eine geregelte Arbeit ermöglicht werden soll.

Wörtlich heißt es in Immendorffs Bericht: "Die Notwendigkeit, diese Verarbeitungsmöglichkeiten zu haben, liegt keinesfalls im kapitalistischen Sonderinteresse der Werke, sondern entspricht dem Bedürfnis der Allgemeinheit." Daher sei es "notwendig, dass diese volkswirtschaftlich höchst bedeutsame Erzeugung nicht durch Rücksichten beengt wird, deren Berechtigung nicht unbedingt anerkannt werden kann".

Zu DDR-Zeiten steigt die Werra-Versalzung noch einmal deutlich. Teile der Abwässer, die bis dahin unter Tage verbracht werden, lässt man in die Werra fließen. Verhandlungen mit der DDR bleiben erfolglos. 1988 transportieren Werra und Weser laut der Zeitschrift "Die Weser" (1/90) 12 Millionen Tonnen Salz zur Nordsee - eine Menge, die 12.000 Güterzüge mit je 50 Waggons füllen würde. Die Werra nennt man damals auch das "Tote Meer des Ostens".

K+S: Entscheidung über Salzeinleitung in Werra im November <<http://eichsfeld.thueringer-allgemeine.de/web/lokal/detail/-/specific/Z81CATL180238>>

Hanno Müller / 30.10.12 / TA
Z81CATL260195